



Annelie Buntentbach

Rede

Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Statement

4. Monitoring-Bericht zur Rente mit 67

Pressekonferenz

17. September 2010, Berlin, DGB-Bundesvorstand

Es gilt das gesprochene Wort!

wir stellen Ihnen heute den Vierten Monitoring-Bericht zur Rente mit 67 vor.

Dieser Bericht ist der vorläufige Abschluss des Monitorings, mit dem der DGB und das „Netzwerk für eine gerechte Rente“ die Bedingungen der – von der Bundesregierung geplanten – Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters wissenschaftlich überprüft haben.

Das Monitoring ist unser Maßstab für die Überprüfung, zu der die Bundesregierung in diesem Jahr gesetzlich verpflichtet ist.

Wir fordern die Koalition auf, die aktuelle Situation wie auch die Zukunftsaussichten für die Beschäftigungschancen Älterer endlich ernsthaft unter die Lupe zu nehmen. Mit Schönfärbereien oder Taschenspielertricks lassen wir uns nicht abspeisen. Die Fakten und Zahlen unseres Monitorings sprechen eine deutliche Sprache:

- Nur jeder Fünfte schafft es heute aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in die Rente, in die Altersrente mit 65 sogar nur jeder Zehnte.
- Nur ein Viertel der 60- bis 65-Jährigen hat eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – bei den 63- und 64-Jährigen sind es weniger als zehn Prozent.
- Fast ein Drittel aller Arbeitslosen, 900 000, ist älter als 50 Jahre. Über 300.000 davon sind länger als zwei Jahre arbeitslos.
- Und die Zahl der Arbeitslosen über 60 Jahre ist im letzten Jahr um 50 Prozent angestiegen. Nur jeder vierte ältere Arbeitslose über 55 Jahren fand 2009 Zugang zum Arbeitsmarkt.

DGB-Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>
Tel.: 030 / 240 60 - 0
Fax: 030 / 240 60 - 324



Allein diese Zahlen zeigen, dass die Einführung der Rente mit 67 nicht vertretbar ist. Wenn sich die Bundesregierung an die geltende Rechtslage hält – und dies müssen wir erwarten können –, dann muss sie die Rente mit 67 in diesem Jahr stoppen.

Wir fordern CDU/CSU und FDP auf, als allererstes die Rente mit 67 wenigstens auf Eis zu legen und stattdessen mit uns, den Gewerkschaften und den Arbeitgebern dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten überhaupt die Chance bekommen, bis 65 gesund in Arbeit zu bleiben. Das muss die zentrale Aufgabe sein.

Dabei geht es um mehr Qualifizierung – und zwar nicht erst im Alter – und um besseren Gesundheitsschutz für die Beschäftigten. Diese „Gelingensbedingungen“, von der Ministerin von der Leyen so gern spricht, müssen erst einmal für das Erreichen der 65 geschaffen werden. Und zwar nicht auf dem Papier, sondern in der Wirklichkeit.

Die Politik muss auch für die eine Antwort geben, die es aus gesundheitlichen Gründen gar nicht schaffen können – und das sind viele, dazu zählen längst nicht nur die viel zitierten Dachdecker. Und die werden dann in die Arbeitslosigkeit gedrängt oder werden mit Mini-Erwerbsminderungsrenten abgespeist.

Mehr gute Arbeit und eine bessere Absicherung bei Erwerbsminderung – die Weichen so zu stellen, dass wir hier vorankommen, ist auch und nicht zuletzt die Aufgabe der Bundesregierung.

Solange dies nicht geschafft ist, müssten selbst diejenigen, die eine Anhebung des Renteneintrittsalters grundsätzlich für richtig halten – dazu gehöre ich ausdrücklich nicht – seriöserweise zu dem Schluss kommen, dass die Rente mit 67 nicht vertretbar ist.

Auch mit Zukunftsaussichten ist ein solcher Schritt nicht zu rechtfertigen: Es ist kein (flächen-deckender) Fachkräftemangel zu erwarten, sondern eine noch immer hohe Arbeitslosigkeit.

Wenn die Erwerbstätigenquote bei 60- bis 67-Jährigen auch nur auf 50 Prozent steigen sollte, bräuchten wir eine zusätzliche Arbeitsnachfrage nach 3,5 Millionen älteren Arbeitnehmer/innen. Und selbst dann wäre man immer noch weit von einer fairen Teilhabechance entfernt.

Wer aber bei anhaltender Arbeitslosigkeit die Lebensarbeitszeit verlängert, schmälert auch noch die Chancen der Jüngeren, einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden.

Klar ist auch, dass die Rente mit 67 die soziale Schieflage noch einmal deutlich verschärft. Absehbar ist schon jetzt, dass uns in den nächsten zehn bis 15 Jahren eine Welle von Altersarmut bevorstehen wird – wenn die Bundesregierung weiter untätig bleibt. Die Rente mit 67 löst dieses Problem nicht, sondern macht sie im Gegenteil noch schlimmer. Wir fordern die Bundesregierung deshalb nicht nur auf, die Rente mit 67 zu stoppen – sondern außerdem die Absicherung von zum Beispiel Langzeitarbeitslosen, Geringverdienenden und erwerbsgeminderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verbessern.